

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 7-8

Artikel: Sozialismus und Sozialdemokratie. I.
Autor: Lauterbach, Albert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347555>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Albert Lauterbach

Sozialismus und Sozialdemokratie

*«Denn eben wo Begriffe fehlen,
da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.»
Goethe, Faust I*

Die begriffliche, ökonomische und politische Konfusion um den Begriff Sozialismus hat solche Ausmasse erreicht, dass sie wesentlich zur ständigen Serie internationaler Missverständnisse und Konflikte beiträgt. Auf verschiedenen Wegen haben sowohl Anhänger wie Gegner von «Sozialismus» diese Konfusion genährt. Das Wort Sozialismus ist benützt worden, um den britischen Fabianismus und Titos Jugoslawien, den Austromarxismus und Roosevelts New Deal, Fidel Castros Kuba und Senghors «Afrikanischen Sozialismus», Allendes Volksfront und skandinavische Sozialdemokratie, arabische Baath-Parteien und die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken zu kennzeichnen. Der Begriff Sozialismus ist verschiedentlich entweder mit einer Vorstufe des Kommunismus oder aber mit der einzigen aussichtsreichen Alternative zu ihm assoziiert worden; mit parlamentarischer Demokratie oder aber mit proletarischer Diktatur; mit friedlicher Überredung oder mit einem Aufruf zur Gewalt; mit politischer und intellektueller Freiheit oder aber mit totalitärer Unterdrückung.

Auf einer anderen Ebene ist der Sozialismus gedeutet worden als eine primäre ökonomische, soziale, nationale, internationale, ethische oder kulturelle Bewegung oder Geisteshaltung. Mit anderen Worten, das Wort Sozialismus ist zu einem Sammelsurium geworden, dessen Gebrauch sogar verschiedene antisozialistische «Sozialismen»¹ von Bismarcks Sozialpolitik bis zum bürokratischen und militärischen Kollektivismus der Gegenwart einschliesst. Es soll hier versucht werden, die Natur der Unterscheidungen zu klären, denen jeder gegenübersteht, der den Begriff Sozialismus auf sich selbst oder auf andere anwenden will. Um weitere Verwirrungen zu vermeiden, wird in dieser Diskussion der Ausdruck Sozialdemokratie verwendet werden, um einen demokratischen Sozialismus westlicher Art zu kennzeichnen, während die von östlichen Regimes und ihren Nachahmern

¹ Michael Harrington: «Socialism» (New York 1973), S. 5, 76 ff.

verwendeten Begriffe von Sozialismus und Demokratie mit ihrem ehrlichen Namen Kommunismus bezeichnet werden sollen.

Arbeiterbewegung oder Volkspartei?

In seinen frühen Phasen, etwa bis 1840, hatte sich der Begriff Sozialismus auf ein allgemeines Streben nach sozialer Gerechtigkeit und Fortschritt bezogen. Für viele behielt der Begriff diese Bedeutung bis ins 20. Jahrhundert. Marx und Engels hatten jedoch den Begriff Sozialismus mit proletarischem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung verbunden, einem Kampf, der «unvermeidlich» zur Verdrängung des Kapitalismus durch eine kollektivistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führen würde. Für Marx und Engels bedeutete Sozialismus daher nicht ein unbestimmtes Streben irgendeiner Gruppe wohlmeinender Leute nach einer Besserung des Gesellschaftslebens, sondern ein Klasseninteresse, ein Klassenbewusstsein und einen Klassenkampf der Arbeiter in einer Industriegesellschaft. In der Zwischenzeit ist die Frage, ob es einen demokratischen Marxismus geben könne, ausführlich, aber ziemlich fruchtlos diskutiert worden. Wir brauchen hier nicht darauf zurückzukommen, doch sollte man sich daran erinnern, dass Marx und Engels selbst darüber auf verschiedenen Stufen ihrer intellektuellen und politischen Erfahrung recht verschieden dachten; dass subjektiv zumindest marxistische Menschen oder Parteien sich gewiss als echte Demokraten betrachten dürfen und dass die Demokratie ihrerseits starken begrifflichen Schwankungen ausgesetzt ist.

Jedenfalls unternahm Lenin seine revolutionäre Aktion in einer halbfeudalen bäuerlichen Gesellschaft mit ein paar Inseln von Industrie. Es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als Marx' Begriff von Klassenkampf so zu modifizieren, dass daraus eine Hegemonie der proletarischen Minderheit wurde – die ihrerseits durch eine noch geringere bolschewistische Minderheit in ihr vertreten wurde – innerhalb der breiten Massen der unterdrückten, wenn auch nicht proletarischen «Werk tätigen», besonders der niedergehaltenen ländlichen Bevölkerung. Dies stellte die östliche Adaptierung der ursprünglichen Verbindung des Begriffs Sozialismus bei Marx und Engels mit einem proletarischen Klassenkampf dar.

Noch vor diesem Versuch hatte allerdings eine westliche Modifizierung dieser Verbindung eingesetzt. In Grossbritannien war überhaupt diese Verbindung nie fest verwurzelt gewesen. Nicht nur John Stuart Mill, sondern auch viele Fabier hatten Sozialismus mit einer allgemeinen Bewegung für sozialen Fortschritt gleichgesetzt, die nicht unbedingt mit einer bestimmten Gesellschaftsklasse verbunden war. Umgekehrt hatten sich diejenigen Organisationen, die eindeutig auf Arbeitersolidarität beruhten, die Gewerkschaften und Genossenschaften, jahrzehntelang bis etwa zur Jahrhundertwende im allgemeinen nicht als sozialistisch betrachtet. Sie beschränkten sich auf ein «tradeunionistisches» oder «kooperatives» Be-

wusstsein in dem Sinne eines Strebens nach ständiger Besserung der Lage der Arbeiterschaft im Kapitalismus.

Auf dem europäischen Kontinent entwickelten sich die Arbeiterbewegungen in einer etwas anderen Weise. Sie wurden durch lange Zeit stark von den marxistischen Begriffen des Klassenkampfes beeinflusst, die sie durch eine dreifaltige Offensive ihrer politischen Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften, in verschiedenen Proportionen und Formen, durchführten. Die Parteien mit einer sozialistischen Ideologie (weniger bestimmt die Gewerkschaften und Genossenschaften) waren auf einen Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer kollektivistischen Gesellschaft eingestellt. Alle drei Zweige der Bewegung betrachteten die Arbeiterklasse als die Hauptstütze einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, wenn auch Führungsgestalten aus intellektuellen Gruppen und Mittelschichten bald Einfluss gewannen, besonders im politischen Zweig der Bewegung².

Dies war jedoch keineswegs der einzige Grund, weshalb die Orientierung der sozialdemokratischen Parteien auf dem Kontinent unmerklich, aber unverkennbar sich nach der Jahrhundertwende, wenn nicht zuvor, änderte. Besonders erfolgte dies nach dem Ersten Weltkrieg und der Bildung kommunistischer Bewegungen auf Grundlage der russischen Revolution. Zunächst sprachen Sozialdemokraten weiter von Kapitalismus und Sozialismus in schwarzweissen Ausdrücken, insoweit es sich um offizielle Programme und Erklärungen handelte. Auf praktischer Ebene wandten sie sich jedoch zunehmend einer volkstümlichen Anrufung «fortschrittlicher» Menschen aus allen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Schichten zu; einem Ruf für soziale Gerechtigkeit und Gesetzgebung, Wohnbau für die unteren Einkommensgruppen, Gleichheit der Einkommensverteilung und der Bildungsmöglichkeiten, Schutz der Minderheiten, Antimilitarismus und friedensorientierte Aussenpolitik und so weiter.

Öffentliches Eigentum an gewissen Arten von Unternehmen oder Industrien verblieb in ihren Programmen, aber dies stellte nicht mehr einen unnachgiebigen Grundsatz oder einen zentralen Standpunkt dar. Individualismus und Kollektivismus im Wirtschaftsleben, privater Wettbewerb und öffentliche Kontrolle wurden zu Angelegenheiten des Grades und der Technik, nicht länger eines unversöhnlichen Konfliktes. Als Keynes' Auslegung der Wirtschaftsschwankungen und der Möglichkeiten ihrer Milderung durch Budget- und Währungsmaßnahmen weiten Anklang fand, nahmen viele sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften zögernd diesen Glauben an, obwohl Keynes selbst diese Mittel in erster Linie als einen Weg zur Erhaltung eines funktionsfähigen Kapitalismus aufgefasst hatte.

² Adolf Sturmthal: «Unity and Diversity in European Labor» (Glencoe 1953). William E. Paterson und Ian Campbell: «Social Democracy in Post-War Europe» (London 1974).

Revolution, Evolution oder Reform?

Fast definitionsgemäss verstanden Marx und Engels den proletarischen Klassenkampf als einen Vorgang revolutionärer Natur, wenngleich sie ihre Auffassung dieses Begriffes im Laufe ihres Lebens einigermaßen änderten: Revolution wurde nicht mehr unbedingt mit Gewaltanwendung assoziiert. Ihr Wesen wurde dann in der Ersetzung eines sozialökonomischen Systems durch ein anderes gesehen, unbeschadet der Methoden, die dabei angewandt wurden. Später wurde auch von kommunistischer Seite zwischen Revolution und Gewalt wenigstens im taktischen Sinn eine Linie gezogen.

Die ursprünglichen Auffassungen von Marx sollten nicht mit dem späteren Austromarxismus – soweit er wirklich als Ganzes existiert hat – verwechselt werden, noch gar mit verschiedenen Arten späterer Marxismen zweifelhafter Art, die von verschiedenen radikal auftretenden Gruppierungen sowohl in den Ländern neuer Entwicklung wie in alten Industriestaaten vorgetragen wurden, darunter nicht wenigen Menschen, die nie Marx gelesen hatten. Von der ursprünglichen Version sind zwei Dinge übrig: erstens ein Gesamtblick auf die Gesellschaft und ihre geschichtlichen Wandlungen, mit einer Kombination ökonomischer, politischer und kultureller Elemente in einer Gesamtauffassung gesellschaftlicher Vorgänge; und zweitens die – vor Marx und Engels seltene – Anerkennung der potentiellen Rolle der Lohnempfänger und ihres Beitrages zu einer Umformung der Industriegesellschaft, die sie erträglicher machen würde. Andere Elemente des Marxschen Gedankensystems, wie die Arbeitswerttheorie, die Preis- und Profittheorien und einige andere können nicht viel Hilfe beim Verständnis der konkreten Bedingungen in Industrieländern gegen Ende des 20. Jahrhunderts bieten; doch kann hier das Marxsche System nicht im einzelnen erörtert werden³.

Was jedoch betont werden soll, ist die Tatsache, dass die Begriffsverwirrung betreffend Demokratie und Diktatur, die von Marx' Idee einer Übergangsdiktatur des Proletariates, nachdem es die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung geworden sei, hergestammt hatte, jede begriffliche Verbindung zwischen Demokratie und Diktatur in unserer Periode völlig hoffnungslos gemacht hat. Die leninistischen Revolutionen in Russland und später in China hatten jede Verknüpfung zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus und vor allem jede Konfusion zwischen demokratischer Freiheit und totalitärer Unterdrückung, was immer ihre Phrasologie, ganz unmöglich gemacht, ausser unter ganz speziellen, kurzfristigen, rein taktischen Bedingungen einer Notstandslage. Kein denkender Mensch, wo immer er stehe, kann mehr den Kommunismus als eine radikalere Version der wesentlich gleichen Bewegung auffassen, wie es

³ Albert Lauterbach: «Mensch – Motive – Geld» (Stuttgart – Düsseldorf 1957), Kap. IV, und «Psychological Challenges to Modernization» (Amsterdam 1974), Kap. 2 und 8.

viele Sozialdemokraten während der zwanziger Jahre oder auch noch später getan haben. Die beiden Bewegungen sind in ihren politischen Zielen und Methoden, wie auch in der psychischen Struktur ihrer Anhänger, qualitativ verschieden.

Vom Standpunkt eines Sozialdemokraten scheint demgemäss folgende Beziehung zwischen Revolution, Evolution und Reform zu bestehen: seine Zielsetzung bleibt revolutionär im Sinne einer grundlegenden, «radikalen» (also, in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes, zu den Wurzeln gehenden) Umwandlung der gesellschaftlichen Institutionen, Geisteshaltungen und Werte. Dies ist im Prinzip erreichbar durch eine Reihe von Reformen, die die ökonomischen und sozialen Massnahmen und Kontrollen, Besitzverhältnisse und Lebensqualitäten beeinflussen. Reformen können also mit der Zeit sich zu einer virtuellen Revolution verdichten, die von der sozialen Evolution sich nur im Tempo und in der Mentalität unterscheiden wird.

Sozialdemokratie als Regierungspartei

Dementsprechend nimmt man unter Sozialdemokraten meist nicht mehr an, dass erst «am Tage nach der sozialen Revolution»⁴ das Streben nach einem dauerhaften sozialen Wandel aussichtsreich werde. Man sieht nicht mehr die Welt in absoluten Unterschieden des Kapitalismus bevor und des Sozialismus nach einem solchen Tage. Man verfolgt eine Reihung von Reformen, die in ihrer Gesamtheit strukturelle, ja revolutionäre Züge annehmen können. Ob man auf einer gegebenen Stufe solcher Reformen das daraus resultierende System als Staatskapitalismus, Staatssozialismus oder als sonst etwas kennzeichnen will, ist weitgehend eine Angelegenheit semantischer Vorliebe und beweist an sich nichts für oder gegen die gegebene soziale Lage. Auf jeden Fall unterscheidet sich das Ergebnis von den meisten Sozialismusbegriffen des vorigen Jahrhunderts, und es bringt auch neue Problemstellungen für eine sozialdemokratische Partei, die die Regierungsmacht ausübt.

Woraus kann die besondere Tätigkeit einer sozialdemokratischen Partei bestehen, die berufen wird, die Regierung in einer «kapitalistischen», in Wirklichkeit stets gemischten, aber gewiss nicht völlig «sozialistischen» Wirtschaft auszuüben, falls der Begriff Sozialismus zunächst einmal im einstigen Sinn des öffentlichen Eigentums an allen Produktionsmitteln gebraucht wird? Diese Tätigkeit kann man sich realistisch kaum noch als rein proletarische Klassenpolitik vorstellen. Nicht nur wenden sich die sozialdemokratischen Parteien während jedes Wahlfeldzugs und oft auch zu anderen Zeiten an die Mittelschichten, die Intellektuellen, die Bauern und andere Gruppen; der Begriff an sich des Proletariats im Marxschen Sinne ist in den Industriestaaten infolge technologischer und ökonomischer

⁴ Karl Kautsky: «Die soziale Revolution» (Berlin 1902), 2. Teil.

Wandlungen überholt worden oder er kann nur auf eine zurückgesetzte Minderheit innerhalb der Arbeiterbevölkerung angewandt werden. Sowohl in ihrer öffentlichen Werbung wie in ihrer Tätigkeit haben sozialdemokratische Parteien keine wirkliche Möglichkeit mehr als die, sich als «Volksparteien» zu präsentieren, sogar dann, wenn sie in der Opposition sind, und erst recht, wenn sie die Regierung bilden.

Im Grunde besteht das erste Ziel einer sozialdemokratischen Minderheits- oder Koalitionsregierung unvermeidlich im Gewinnen und dann Behalten einer absoluten Mehrheit. Die Aussichten dafür hängen natürlich unter anderem vom Wahlsystem des Landes ab. Falls das erste Ziel erfüllt wird, stellt sich die weitere Frage, was die Partei konkret mit ihrer Machtstellung anfangen soll. Es kann eine starke Versuchung geben, sie in erster Linie zur Stellenvergabe zu benützen. In diesem Fall wird die Partei unweigerlich eine Menge opportunistischer Stellensucher anziehen, von denen manche allerdings ihr aus Dankbarkeit oder Notwendigkeit verbunden bleiben werden.

Als eine solche «Patronage»-Partei wird sie einen starken Einfluss im öffentlichen Leben ausüben, aber sie wird Gefahr laufen, ihre ideologische und politische Identität zu verlieren, nachdem sie bereits früher ihre Klassenidentität verloren hat. Sie wird einfach eine Patronage-Partei unter mehreren darstellen. Die Umformung einer Person oder einer ganzen Mitgliedschaftsgruppe vom idealistischen Opfer freier Stunden und Energien zu einer besoldeten Stelle in der Partei oder einer ihr nahestehenden Organisation, und von dort zu einer bürokratischen Stelle im Regierungsapparat, erstreckt sich manchmal über eine Lebensdauer. Weder der einzelne noch die Parteiorganisation sind sich unbedingt der grundlegenden Natur des damit gegebenen Funktionswandels bewusst.

Wenn eine solche Patronage-Einstellung und mit ihr eine unterschiedslose Suche nach mehr und mehr Wählern, was immer ihre Motive, zum Hauptinhalt sozialdemokratischer Tätigkeiten wird, dann kann die betroffene Partei sogar ihre Identität als eine fortschrittliche Volkspartei verlieren. Ein solcher Verlust, sei er bewusst oder unbewusst, kann dann zu einem Selbstbetrug führen und zuletzt zur Einbusse von Wählern, Mitgliedern und öffentlicher Geltung. Die Alternative besteht im Gebrauch der Machtstellung in der Regierung zur Verwirklichung nötiger Reformen aus den sozialdemokratischen Programmen, selbst wenn dies momentan die Gefahr einer Entfremdung einiger Gruppen von Wählern oder Stellensuchenden mit sich bringen sollte. Die Reformen, um die es sich konkret handelt, werden etwas später erörtert werden.

In einigen wenigen Ländern, wie Österreich und (in anderer Weise) Schweden, treffen einander anerkannte Vertreter der wichtigsten Wirtschaftsgruppen – Gewerkschaften, Unternehmer- und Bauernverbände – mehr oder minder regelmässig, um Differenzen über Preis- und Lohnpolitik, Kollektivverträge, Sozialversicherung, Steuern, Kreditpolitik und

andere Wirtschaftsfragen zu diskutieren und wenn möglich auszutragen. Sozialdemokratische Regierungen stehen hier drei sich überschneidenden Fragen gegenüber:

Erstens, ob solche Debatten und Vereinbarungen der Sozialpartner nicht die Tendenz haben, die Funktion und Autorität des Parlaments bei der Beratung und Gesetzgebung über dieselben Probleme zu untergraben; zweitens, ob die Regierung sich nicht zuweilen einer gemeinsamen Front ihrer Freunde und Feinde gegenübersehen wird; allerdings kann sie auch ohne Sozialpartnerschaft sich manchmal im Widerspruch zu den Interessen und Wünschen ihrer natürlichen Freunde in den Gewerkschaften und Betriebsräten in Dingen wie Lohnpolitik und Produktivitätsmassnahmen finden; und drittens, ob eine Sozialpartnerschaft überhaupt noch irgendeinen Raum für die alte Voraussetzung eines permanenten, unversöhnlichen Konfliktes zwischen Klassen lässt, besonders zwischen den Proletariern, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, und den Kapitalisten oder anderen Eigentümern. Kann es sich eine sozialdemokratische Regierung oder sogar eine Oppositionspartei, die sich auf eine Ausübung der Regierungsmacht vorbereitet, leisten, diese Frage unbeantwortet zu lassen, oder wäre sie besser daran, ihre einstige Voraussetzung eines Klassenkampfes offen zu revidieren? Mangel an Klarheit kann zu Fehlentscheidungen oder doch zur Verwirrung unter ihren eigenen Anhängern führen.

(Fortsetzung folgt)

Prof. Dr. Albert Lauterbach ist Experte für internationale Wirtschaftsfragen in Wien. Er ist auch ständiger Mitarbeiter der sehr lesenswerten Monatsschrift «Die Zukunft» (Organ der SPÖ). Aus seiner Feder ist im «Profil» bereits erschienen «Sozialdemokratie als Geisteshaltung» («Profil» 5/77).

Redaktion